

One may disagree with Mandeng's main thesis but the outstanding qualities of his work cannot be denied. He presents us with a clear exposition of the colonial economy in a simple language, with just the necessary amount of references. He makes no attempt to overwhelm the reader with superfluous footnotes and details as one often finds in books where the author has no viewpoint to express and hopes to make up for his lack of ideas by his industry in gathering materials.

The reviewer hopes that many German readers will look at the book themselves for nowhere is such a book more needed than in W. Germany where many persons, including scholars, seem to possess a fantastic ability for forgetting the colonial past and for overlooking the neo-colonialist present. Indeed, in some circles, it is considered a crime to describe West Germany as an imperialist state.

Mandeng's discussion on underdevelopment implies that we have left the period of direct colonialism for neo-colonialism. What he does not add (and this was not necessary for his thesis) is that if colonialism has changed its form, the main accompanying effects of colonial domination and slavery, i. e. racist ideology and the notion of white supremacy, have on the other hand, remained at exactly the same level as in the period of 1884—1914. A look at the press and some scholarly works shows that there has been no visible progress since then. The same racist arrogance and convictions of inherent superiority still prevail and the silly utterances of Hey and his like can be easily matched with statements from our contemporaries. The West German MP who on a return from a visit to South Africa declared that the smell of the African workers was not exactly that of Chanel (a French perfume) is surely not very more advanced than Werner (MP. in 1908).

The unchanged racist ideology in many ways make it easy for many people to accept the unhealthy relations kept with the racist republic of South Africa and the rebellious racist regime which has taken over power in Zimbabwe. In effect, both countries are carrying on what Mandeng tells us was done in the German colony of Cameroon.

Kwame Opoku

FRANCISCO JOSE MORENO

**Legitimacy and Stability in Latin America. A Study of Chilean Political Culture**

New York University Press, University of London Press Limited. New York, London 1969, 197 S.

In der gegenwärtigen Entwicklungsländerforschung gibt es insbesondere in der marxistisch orientierten Dependenztheorie eine Tendenz zur ökonomistischen Betrachtungsweise der Probleme der Länder der Dritten Welt. Dadurch ist bisweilen die Gefahr dogmatischer Verhärtungen insofern gegeben, als außerökonomischen Faktoren implizit oder explizit bei der Formulierung von Hypothesen, die den Sachverhalt der Unterentwicklung erklären sollen, Relevanz abgesprochen wird. Dies kann leicht dazu führen, potentiell explikative Variablen von vornherein zu eliminieren, ohne in den Begründungszwang für ihre Irrelevanz zu geraten.

Das vorliegende und zu besprechende Buch ist geeignet, hier Korrekturen anzubringen, indem es einen wichtigen Beitrag zur Auffüllung des heuristischen Reservoirs möglicher Variablen leistet. Moreno intendiert die Herausarbeitung be-

deutsamer psychosozialer Verhaltensweisen der Mitglieder lateinamerikanischer Gesellschaften, speziell der Chiles, als in bezug auf das Problem sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Entwicklung bestimmende Faktoren. Er geht dabei von der Prämisse aus, daß gesellschaftliche Entwicklung, welche von der Mehrheit der Bevölkerung als Fortschritt angesehen wird, der Bedingung legitimer Herrschaft unterliegt, welche ihrerseits eine für Entwicklung notwendige soziale Stabilität schafft. Stabilität wird dabei nicht als Festschreibung des gesellschaftlichen status quo verstanden, sondern als „Zustand“ kontinuierlichen Wandels, der innerhalb der Randbedingungen eines bestimmten soziokulturellen Systems integrative Wirkung entfaltet.

Im Rahmen dieses Syndroms konstatiert Moreno für Lateinamerika einen aus der Kolonialzeit herrührenden und aus dem spanischen Mutterland transplantierten Widerspruch zwischen dem Anspruch formaler politischer und sozialer Konzeptionen, wie sie etwa in Verfassungsordnungen und allgemeinen Rechtsnormen zum Ausdruck kommen, und der realen Verfaßtheit der organisierten Herrschaftsverhältnisse. Er erklärt dies historisch aus der Übernahme idealistisch und universalistisch orientierter römischer Rechtsnormen durch das die iberische Halbinsel dominierende kastilische Königreich. Die spezifische Mischung substantiell römischen Rechts in christlicher Form habe dazu geführt, daß Recht nicht als Instrument verbindlicher Organisation sozialer Realität funktionierte, sondern im Sinne eines eskapistischen Idealismus moralisch — ethische Postulate implizierte, deren Realisierung permanent an dem partikularistischen, auf Tradition und Sitte gerichteten, Charakter der Gesellschaft scheiterte.

Wenn Spanien trotz dieser dem Anschein nach prekären Situation zur Weltmacht aufstieg und sein Kolonialreich in relativer Stabilität länger als drei Jahrhunderte behaupten konnte, so führt Moreno dies wesentlich auf die besondere Formation des spanischen und iberoamerikanischen Regierungssystems zurück, welches er als „institutionellen Autoritismus“ (institutional authoritism) definiert. Darunter versteht er „the existence of a single center of legitimate political power, the legal supremacy of which is sanctioned in the name of justice and whose actions are, therefore, not to be bound by written regulations or existings customs“ (S. 24).

Das politische Machtzentrum, welches Recht im Sinne von Gerechtigkeit verkörperte und Gesetze erließ, zugleich aber absolutistische Prärogativgewalt beanspruchte, konkretisierte sich in der Institution und der Person des Königs. Mithin hatte die Krone einen ambivalenten Charakter: Einerseits erließ sie verbindliche Gesetze, zum anderen hatte sie als Prärogativgewalt appellatorische Funktion, indem sie erlassene Gesetze selbst wieder zur Disposition stellen konnte. Da die Krone zudem durch psychosoziale Internalisierungsprozesse von allen relevanten Gruppen der spanischen und iberoamerikanischen Gesellschaften als legitime Macht angesehen wurde, konzentrierten sich alle Versuche dieser Gruppen, ihre materiellen und immateriellen Interessen zu realisieren, auf die Beeinflussung der Entscheidungen des Königs.

Die Ursachen für die allgemeine politisch-soziale Instabilität des nachkolonialen Chiles, aber auch ganz Lateinamerikas, die permanenten Bürgerkriege und die vielfachen Verfassungsänderungen haben nach Moreno einen ihrer wesentlichen Gründe in der Zerstörung des institutionalisierten Autoritismus. Das traditionelle politische Verhalten der sozialen Gruppen, welches sich auf das legitime Madri-der Machtzentrum konzentriert hatte und deswegen durch einen Mangel an

politischer Originalität gekennzeichnet war, habe zu dem spezifisch lateinamerikanischen Phänomenen des Caudillotums, der Tendenz zu personalistischen Fraktionsbildungen und der Unfähigkeit zu pluralistisch-konsensuellem Handeln geführt.

Morenos Analyse der politischen Geschichte Chiles von der Unabhängigkeit bis zur Regierung des Christdemokraten Frei gipfelt in dem Ergebnis, daß die Bedingungen für eine mehrheitlich als Fortschritt angesehene Entwicklung, nämlich Legitimität und Stabilität, nur durch ein Herrschaftsmuster hergestellt werden könne, das dem Weberschen Typus der charismatischen Herrschaft und damit einem der politischen Kultur Chiles adäquaten Ersatz des institutionalisierten Autorismus entspräche.

Zusammenfassend darf man feststellen, daß sich diese Arbeit durch ausgezeichnete Kenntnisse des Autors selbst im Detail auszeichnet und ihre Konklusionen häufig vernachlässigte, aber keineswegs irrelevante Gesichtspunkte aufzeigt, die für eine Theorie lateinamerikanischer Unterentwicklung sicherlich einen hohen Stellenwert haben.

Kurt-Peter Schütt

MARTIN C. NEEDLER

**Politics and Society in Mexico**

Albuquerque — University of New Mexico Press, 1971, S. XII, 143.

JOHN RUTHERFORD

**Mexican Society during the Revolution**

Oxford 1971, S. X, 347.

Die kleine Schrift von Needler faßt im wesentlichen seine in den Jahren 1961 bis 1970 veröffentlichten Aufsätze zusammen: In den drei ersten Kapiteln stellt er die Rolle der staatstragenden Revolutionspartei dar, in den folgenden drei das Regierungssystem sowie in weiteren drei Kapiteln die mexikanische Gesellschaft, um schließlich in einem letzten Abschnitt die Bedeutung des revolutionären Mexikos für die Entwicklungsländer zu vertiefen. Die beigelegte ausgewogene Literaturliste (S. 133—139) ermöglicht weiterführende Studien: Mit Furtak, *Revolutionspartei und politische Stabilität in Mexiko*, Hamburg 1969, ist auch ein deutscher Titel aufgeführt.

In der Tat gelingt es N. mit seinem Konzept, dem Leser — gedacht ist an Studenten — einen ersten Einblick in das politische System Mexikos zu geben. Der gelegentliche Vergleich der mexikanischen Regierungspartei mit der KPdSU (S. 37, 41, 118/9) dürfte allerdings einen unbefangenen Leser in die Irre führen.

Angesichts des begrenzten Umfangs dieser Einführung geraten einige Gebiete zwangsläufig zu kurz: Die wirtschaftliche Situation und die von den übrigen lateinamerikanischen Ländern divergierenden ökonomischen Strukturen werden und können schlechterdings nicht hinreichend deutlich gemacht werden. Zu kurz kommt, und insoweit ist der Titel der Arbeit einfach zu weit gefaßt, die Darstellung der mexikanischen Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Stratifikation. Mit einigen Basisdaten wird auf die Phänomene der Urbanisation (S. 82—89) und Marginalität ganzer Bevölkerungsteile (S. 90—102) hingewiesen. Diese marginalen, 1980 etwa 50 % der Weltbevölkerung, werden auch künftig „einfach nicht